



Sarah Suter, MLaw
Juristische Mitarbeiterin der AIHK, Aarau

Einmal JA und zweimal NEIN am 25. September

Drei Vorlagen kommen Ende Monat zur Abstimmung. Während sich der AIHK-Vorstand für das neue Nachrichtendienstgesetz ausspricht, empfiehlt er die beiden Volksinitiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» ganz klar zur Ablehnung. Die Prognosen für den Urnengang zeigen: Es wird ein harter Kampf. Insbesondere die zwei Initiativen geniessen in der Stimmbevölkerung noch viel Rückhalt, denn sie klingen erst einmal sympathisch. Höchste Zeit, um die Mogelpackungen zu enttarnen.

Die Trendumfragen zu den Abstimmungen vom 25. September prognostizieren ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Befürwortern und Gegnern der drei Vorlagen. Insbesondere bei den beiden Volksinitiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» dürfte es knapp werden. Sowohl bei der ersten SRG-Umfrage als auch bei den zwei Tamedia-Umfragen

lagen die Befürworter der beiden Vorlagen vorne. Diese Umfrageergebnisse bestätigen das Hauptproblem: Beide Vorlagen klingen erst einmal sympathisch und harmlos. Umso wichtiger, dass es der Wirtschaft und den bürgerlichen Parteien in der Schlussoffensive gelingt, die Bevölkerung für die Gefahren der Initiativen zu sensibilisieren.



Das Aargauer Komitee «NEIN zur Initiative Grüne Wirtschaft» war Anfang September an den Bahnhöfen Aarau, Baden, Brugg und Lenzburg erfolgreich für ein NEIN unterwegs. Bilder: zVg.

AHV: Generationenvertrag nicht gefährden!

Die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» stammt aus der Feder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Die Initianten beabsichtigen, die Altersrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) künftig um 10 Prozent zu erhöhen. Dieser Zuschlag soll spätestens ab 2018 ausgerichtet

«Gesamtreform notwendig»

werden. Nach dem Giesskannen-Prinzip sollen dann alle AHV-Rentnerinnen und Rentner Anspruch auf diesen Zuschlag erhalten, unabhängig davon, ob sie auf eine Rentenerhöhung überhaupt angewiesen sind oder nicht.

Mit ihrer Forderung rütteln die Initianten an den Grundfesten der AHV – am Generationenvertrag, wonach junge Menschen für alte Menschen zahlen. Mit diesem solidarischen Modell sind wir bisher ganz gut gefahren. Das Begehren, die Renten künftig pauschal um 10 Prozent zu erhöhen, ist aber alles andere als solidarisch. Einerseits müssten die über fünf Milliarden Franken jährlich, die uns diese Initiative bis ins Jahr 2030 zusätzlich kosten würde, primär die Erwerbstätigen berappen – sei es durch höhere Lohnabzüge oder durch höhere Steuern. Andererseits benachteiligt die Initiative just jene Rentnerinnen und Rentner, welche es eigentlich besonders nötig hätten. Personen, die heute Ergänzungsleistungen beziehen, müssten aufgrund der künftig höher ausfallenden Rente nämlich mit einer Kürzung rechnen.

Weiter wäre ein Ja zur Vorlage «AHVplus» äusserst fahrlässig, denn die AHV gibt aufgrund des demografischen Wandels bereits heute mehr aus, als sie eigentlich einnimmt. Was wir in dieser Situation also sicher nicht brauchen, ist eine Initiative, mit welcher die ohnehin schon bröckelnde AHV noch rottere Zahlen schreiben würde. Was wir brauchen, ist eine gut durchdachte Gesamtreform. Die Vorzeichen für Letztere stehen übrigens gar nicht schlecht. Geben wir der Politik eine

Chance, dieses Reformpaket fertig zu schnüren.

Es ist nicht alles grün ...

... was von den Grünen kommt. Klingt paradox, ist aber so. Insbesondere, wenn es um die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» geht. Dass die Volksinitiative in die Verfassung schreiben will, dass die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch bis ins Jahr 2050 um mehr als 60 Prozent senken muss, dürfte inzwischen den meisten Stimmbürgern bekannt sein. Dass Wirtschaft und Konsumenten bei einem so radikalen Ziel mit einschneidenden Konsequenzen rechnen müssen, das diskutieren sogar die Befürworter nicht weg. Und dass die Grünen diese Konsequenzen natürlich durch die rosarote Brille sehen, die Gegner auf der anderen Seite hingegen lieber mal etwas dunkelschwarz malen – ist ebenfalls nachvollziehbar. Dass die Initiative «Grüne Wirtschaft» aber gar nicht so grün ist, wie von den Grünen kolportiert, das ist bisher noch viel zu wenig thematisiert worden.

Das Konzept des «ökologischen Fussabdrucks», das der Initiative zugrunde

«Kontroverses Konzept schafft falsche Anreize»

liegt, ist äusserst kontrovers. Einerseits ist das Konzept lückenhaft: Der Verbrauch von nicht erneuerbaren Materialien wird darin beispielsweise gar nicht berücksichtigt. So könnten wir etwa den gesamten Vorrat an Kupfer und Phosphor innert Kürze verschleudern, ohne dass dies den geringsten Niederschlag auf den ökologischen Fussabdruck hätte. Genauso wenig werden übrigens Luft- und Wasserverschmutzungen bei der Berechnung berücksichtigt. Andererseits setzt der willkürlich berechnete ökologische Fussabdruck falsche Umwelthanreize. Denn er misst in erster Linie die Produktivität der Flächen und nicht die Umweltbelastung durch den Anbau. Die paradoxe Konsequenz: Ausgerechnet eine Landwirtschaft, die mit grossen Einsatz von Dünger und

Schädlingsbekämpfungsmitteln die Produktivität erhöht, reduziert den ökologischen Fussabdruck! Dass das ökologisch gesehen aber überhaupt nicht mehr im grünen Bereich ist, muss wohl nicht weiter erläutert werden.

Fazit: Die Initiative Grüne Wirtschaft mag gut gemeint sein. Sie ist aber alles andere als das Gelbe vom Ei und muss daher an der Urne klar bachab geschickt werden.

Zwei überparteiliche Aargauer Komitees

Damit die beiden Nein-Parolen auch rechtzeitig in der Bevölkerung ankommen, machen sich im Aargau zwei überparteiliche Komitees stark gegen die Initiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft». So organisierte das Aargauer Komitee «NEIN zur Initiative Grüne Wirtschaft» Anfang September etwa eine öffentliche Podiumsdiskussion mit einem Einstiegsreferat von Bundesrätin Doris Leuthard (Details siehe Randspalten rechts).

Zahlreiche Mitglieder der beiden Komitees werben dieser Tage auch aktiv – im Rahmen von Verteilaktionen an verschiedenen Bahnhöfen des Kantons – für ein Nein. Eines wird dabei immer wieder klar: Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind erstaunt, was alles hinter diesen beiden «harmlos und sympathisch klingenden» Vorlagen steckt. Die Chancen auf zwei deutliche Nein sind also immer noch intakt – wir müssen uns aber ranhalten und weiter aufklären.

FAZIT

Haben Sie bereits abgestimmt? Wenn nicht, dann schnappen Sie sich einen Stift und füllen Sie die Stimmunterlagen noch heute aus. Es könnte knapp werden am 25. September – es zählt also jede Stimme! Die AIHK empfiehlt ein Ja zum Nachrichtendienstgesetz sowie zwei klare Nein zu den Volksinitiativen «Grüne Wirtschaft» und «AHVplus».
